

# Was Österreich jetzt braucht:

## 1 Ein besseres Wahlrecht

Österreichs Wahlrecht hat den Vorteil, dass sich im Parlament das gesamte politische Spektrum wiederfindet. Und den Nachteil, dass es keine klaren Mehrheiten gibt. Daher sind unsere Parteien zu Koalitionen verdammt, was zur Lähmung der Regierungen führt. Österreich braucht ein Wahlrecht, das klare Mehrheiten schafft. Etwa indem der Wahlsieger die Hälfte der Mandate plus eines bekommt. Dann gäbe es eine Partei mit eindeutigem Regierungsauftrag – und drei bis vier Oppositionsparteien, die ihr auf die Finger schauen.

## 2 Eine andere Politikerrekrutierung

Die gestern angelobte neue Familienstaatssekretärin hatte drei Voraussetzungen zu erfüllen. Sie musste, erstens, eine Frau sein. Sie musste, zweitens, Tirolerin sein. Sie musste, drittens, dem ÖAAB entstammen. Ein Wirtschaftsbetrieb, der die Rekrutierung seines



Bild: SMI/PAHBERG PFARRHOFER

Spitzenpersonals so vornahme wie die Firma Österreich, wäre bald pleite. Was Österreich braucht, sind die klügsten Köpfe in der Regierung. Um die Politik den klügsten Köpfen schmackhaft zu machen, bedarf es einer weiteren Voraussetzung: Wir alle müssen einen anderen Umgang mit den Politikern entwickeln. Also damit aufhören, ihnen ihre Gage zu neiden, in jedem kleinen Schnitzer einen Rücktrittsgrund zu sehen und alle Politiker a priori für korrupt und unfähig zu halten.

## 3 Eine neue Staatsstruktur

Eine klare Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern muss her. Sie sollen einander sinnvoll ergänzen anstatt zu blockieren und doppelt zu moppeln. Wer zahlt, soll auch anschaffen dürfen. Das Betätigungsfeld für kluge, effiziente und damit Ressourcen freisetzende Lösungen wäre riesig – und besonders dringlich wären sie im hoch defizitären Gesundheitswesen und im sich zu Tode verwaltenden Schulwesen. Der Bundesrat muss eine Aufgabe erhalten oder abgeschafft werden. Die Vorarbeiten für eine Staats- und Verwaltungsreform sind längst in Form des Österreich-Konvents gemacht. Umsetzen!

## 4 Ein besserer Umgang mit der Jugend

Die gute Nachricht lautet: Die Lücke bei den Lehrstellen beginnt sich zu schließen, die Betriebe



Bild: SMI/DPA

stellen wieder mehr Jugendliche ein. Die schlechte lautet: Immer mehr Junge müssen ihre ersten Berufsjahre in prekären, ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen fristen. Immer mehr Junge werden aus den völlig überfüllten Universitäten hinausgeprüft. Immer mehr Junge haben das Gefühl, dass sie in der Erwachsenenwelt eigentlich nicht willkommen sind. Wir müssen ihnen dieses Gefühl nehmen.

## 5 Ein besserer Umgang mit den Senioren

Die Pensionserhöhungen fallen schon seit Jahren höchst bescheiden aus – und auch bei der Pflege der Betagten fehlt jetzt schon vorn und hinten das Geld. Dabei sind die derzeitigen Probleme erst der Anfang: In den kommenden zwei Jahrzehnten kommt die riesige Generation der Babyboomer ins Pensionsalter, in den kommenden zwei Jahrzehnten wird sich die Zahl der über 85-Jährigen vervielfachen. Um einen Kollaps des Pensions- und Pflegesystems zu ver-



# Ein politischer Leitfaden

hindern, muss jetzt gehandelt werden: und zwar auf dem Arbeitsmarkt. Schluss mit dem Retroansatz, sich um Arbeitsmarktpolitik zu drücken, weil zur „Entsorgung“ aller Schwierigkeiten eh das Pensionssystem da ist. Statt Anreize zur Frühpension immer wieder zu verlängern, müssen endlich wirkliche Anreize her, länger im Beruf zu bleiben. Es muss sich für Dienstnehmer und Dienstgeber lohnen. Für den Staat lohnt sich das auf jeden Fall.

## 6 Eine vernünftige Medienkultur

Mehr als 50 Prozent der Österreicher lesen die Wiener Boulevardgazetten „Krone“, „Österreich“ und „heute“. Diese Blätter zeichnen eine Welt, in der das kleine Österreich permanent durch kriminelle Ausländer und durch den Moloch Europa bedroht wird. Die medial geschürte Hysterie lähmt die Politik. Dessen ungeachtet werden ausgerechnet die drei genannten Blätter durch Regierungsinserte förmlich gemästet.



Bild: SWDPA/FRANK RUMPHORST

Die Lage wird verschärft durch den Umstand, dass sich der ORF – einst Flaggschiff öffentlich-rechtlicher Informationskultur – auf Untergangskurs befindet. Was Österreich braucht, ist erstens ein mündiges Medienpublikum, das nicht automatisch nach der billigsten Schlagzeile greift. Zweitens eine mündige Politik, die nicht jenen Journalismus fördert, dessen schriller Alarmismus das Staatsganze gefährdet. Drittens Politiker, die den ORF nicht als Außenstelle ihres Parteisekretariats betrachten.

## 7 Schluss mit der Parteipolitik

ÖBB, ORF und Skylink sind nur drei Beispiele, die belegen, wie überbordender parteipolitischer Einfluss potente Unternehmen ruinieren kann. Das Motto muss lauten: Hinaus mit der Parteipolitik aus wirtschaftlichen Entscheidungsgremien!

## 8 Eine vernünftige Zuwanderungspolitik

Dass Österreich ein Zuwanderungsland ist, ist spätestens seit den 1960er-Jahren bekannt, als jede Menge Gastarbeiter als Billigarbeitskräfte ins Land geholt wurden. Laut Statistik hat jeder Sechste, der in Österreich zu Hause ist, einen Migrationshintergrund. Das heißt, er selbst oder seine Eltern stammen aus dem Ausland. Die Politik wirft gern die junge Asylbewerberin und den hochkarätigen Uni-Professor in einen Topf – obwohl es Österreich gerade an gut ausgebildeten Fachkräften mangelt. Daran wird vermutlich auch

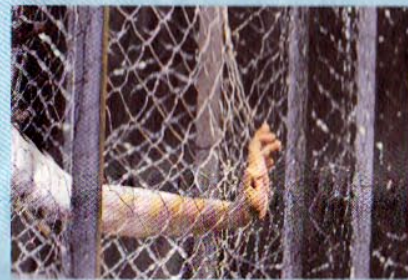


Bild: SN

die geplante Rot-Weiß-Rot-Card nicht viel ändern, solange die Innenministerin, der die Polizei untersteht, auch für die Zuwanderung zuständig ist.

## 9 Bildung und Forschung

Das Ergebnis des nächsten PISA-Tests ist schon durchgesickert: Österreich hat weiter verloren. Dies, obgleich Österreich laut OECD mehr Geld als der Durchschnitt

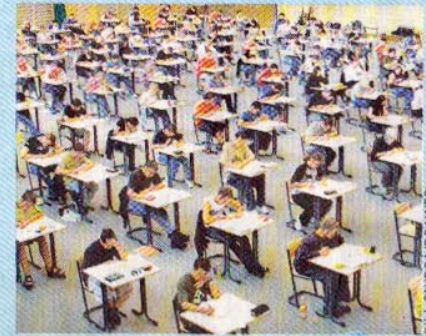


Bild: SWDPA/DPWEB

ausgibt, nämlich 8403 Euro statt 6291 Euro pro Jahr pro Schüler oder Student. Das Problem liegt darin, dass das Geld wegen des aufgeblähten Schulverwaltungsapparats nicht beim einzelnen Schüler ankommt. Bei den Hochschul- und Forschungsausgaben (1,3 bzw. 1,76 Prozent des BIP) hinkt Österreich der OECD-Konkurrenz hinterher. Was ist zu tun? Die Unterrichtsverwaltung straffen und entpolitisieren. Die Universitäten durch ausreichende Mittelzufuhr und gerechte Aufnahmeverfahren an die europäische Spitze heranführen.

## 10 Schluss mit den alten Tabus

Für eine entwickelte Gesellschaft weist Österreich erstaunlich viele Tabus aus, die nicht diskutiert werden dürfen. Von der Neutralität über die Wehrpflicht bis hin zu banalen Dingen wie Studiengebühren (SPÖ-Tabu) und Vermögenssteuern (ÖVP-Tabu). Was Österreich braucht: Schluss mit diesen Denkverboten! i. b., par, a. k.